

Entwicklungspolitische Prioritäten zur Bundestagswahl

Impulspapier von Brot für die Welt

Brot für die Welt ist Teil einer globalen Bewegung, die sich für Veränderungen weltweit einsetzt: Wir setzen uns für eine gerechte Welt ein, in der jeder Mensch in Würde lebt, gleiche Rechte hat, in der die Ressourcen fair verteilt sind und die planetaren Grenzen heute und in Zukunft geachtet werden.

Unser christliches Selbstverständnis prägt unser Engagement und gibt uns Hoffnung, etwas bewirken zu können. Gemeinsam mit unseren 1600 Partnerorganisationen ermöglichen wir in fast 90 Ländern, dass benachteiligte Menschen ihre Lebenssituation aus eigener Kraft nachhaltig verbessern. Wir sind für Menschenrechte, Frieden, eine starke Demokratie, Zugang zu Bildung, Gesundheit und Wasser. Wir setzen uns gegen Hunger und Armut und für Klimagerechtigkeit ein. Und erheben unsere Stimme für eine gerechte Welt.

Als Werk der evangelischen Kirchen sind wir seit über 60 Jahren starke und verlässliche Partner staatlicher Entwicklungszusammenarbeit und auch kritisches Gegenüber staatlichen Handelns, um gesellschaftliche Veränderungen hin zu globaler Gerechtigkeit und der Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Dies sind unsere entwicklungspolitischen Prioritäten zur Bundestagswahl 2025:

- 1. Entwicklungszusammenarbeit stärken als Ausdruck deutscher Verantwortung und Werteorientierung**
- 2. Zivilgesellschaft fördern als Teil der internationalen Zusammenarbeit, der nah bei den Menschen ist**
- 3. Agenda 2030 in allen Politikfeldern voranbringen**

1. Entwicklungszusammenarbeit stärken als Ausdruck deutscher Verantwortung und Werteorientierung

Die Weltgemeinschaft steht vor nie da gewesenen Herausforderungen. Tag für Tag verletzen Armut, Hunger, Flucht, Unterdrückung, Kriege sowie durch den Klimawandel verursachte Katastrophen die Menschenwürde von Millionen Menschen. Gleichzeitig liegt darin das Potenzial für weitere Konflikte, Kriege und Terrorismus.

In der kommenden Legislaturperiode wird sich entscheiden, inwieweit die Globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bis 2030 noch erreicht werden. Angesichts der

gegenwärtigen multiplen Krisen kommt der Umsetzung der „Agenda 2030“ eine besondere Bedeutung zu.

Seit mehr als sechs Jahrzehnten leistet deutsche Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Armut und struktureller Ungerechtigkeit in vielen Teilen der Welt. Die Kirchen und ihre Werke sind dabei neben weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen und der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit wesentliche Akteure. Sie werden von einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung getragen – von zahllosen ehrenamtlich Helfenden in den Gemeinden und kirchlichen Verbänden ebenso wie von Millionen Spender*innen, die ihnen Jahr für Jahr Mittel für ihre Arbeit anvertrauen.

Der Einsatz gegen Hunger und Armut, für die Wahrung der Menschenrechte, für Krisenprävention und den Schutz des Klimas liegt auch in unserem Interesse, ist Teil deutscher Verantwortung. Auf diese Weise trägt Deutschland zur Verwirklichung gerechter globaler Verhältnisse bei, die auch den Menschen in Deutschland und Europa eine friedliche und sichere Zukunft ermöglichen. Ein Bruch unserer internationalen Zusagen bei der Entwicklungszusammenarbeit schadet unserem Ansehen in der Welt und bedroht langfristig unseren Wohlstand und unsere Sicherheit. Die jüngst in der politischen Debatte zu beobachtenden Versuche, entwicklungspolitisches Engagement mit falschen Behauptungen und populistischer Übertreibung lächerlich zu machen und ihm Unterstützung zu entziehen, schaden nicht nur den Menschen, denen ein selbstbestimmteres Leben ermöglicht werden soll, sie schaden uns allen.

Formulierungsvorschläge für das Wahlprogramm:

- Eine finanziell angemessen ausgestattete und institutionell unabhängige Entwicklungszusammenarbeit muss auch zukünftig zentraler Baustein des internationalen Engagements Deutschlands sein – das ist für uns essenziell. Als Ausdruck unseres subsidiären Grundverständnisses sind die kirchlichen Entwicklungswerke und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen dabei weiterhin wichtige Partner.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland weiterhin eine führende Rolle in der globalen Entwicklungszusammenarbeit spielt. Unser Leitbild sind dabei die Ziele der Vereinten Nationen für eine globale nachhaltige Entwicklung („Agenda 2030“), eine ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und die Wahrung der Menschenrechte. Wir halten unsere internationalen Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe ein und investieren mindestens 0,7% des BNE in öffentliche Entwicklungsleistungen. Zusätzlich steigern wir unsere Zusagen zur Klimafinanzierung.
- Angesichts der geopolitischen Umwälzungen sowie der fortbestehenden entwicklungs-, wirtschafts-, friedens- und klimapolitischen Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent ist es notwendig, die Partnerschaft mit Afrika auf deutscher und europäischer Ebene zu vertiefen und dabei stärker als bisher die afrikanische Zivilgesellschaft einzubeziehen.
- Wir setzen uns für eine (auch global koordinierte) gerechte Besteuerung von großen Vermögen in Milliardenhöhe ein und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung unserer internationalen Verpflichtungen, zur Reduzierung von Ungleichheit und zur Stabilisierung von Demokratien weltweit.

2. Zivilgesellschaft fördern als Teil der internationalen Zusammenarbeit, der nah bei den Menschen ist

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sind ein entscheidender Motor für gerechte Entwicklung und für die Erreichung der Globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bis 2030. Kirchen und kirchennahe Organisationen spielen dabei in vielen Regionen und Bereichen (etwa Bildung und Gesundheit) eine wichtige Rolle und erzielen systemische Wirkung. Kirchliche Zusammenarbeit ist somit ein wirkungsvoller Teil globaler Zivilgesellschaft, den es zu stärken gilt.

Insbesondere in autoritären Regimen, in denen der Rechtsstaat ausgehöhlt und die öffentliche Meinung manipuliert wird, ist es die Zivilgesellschaft, die - oft unter großen persönlichen Risiken - diesen Rückschritten entgegentritt und sich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt.

Zivilgesellschaftliche Handlungsräume sind weltweit jedoch so begrenzt wie noch nie in diesem Jahrtausend – und Menschenrechtsverletzungen nehmen zu. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich gegen Unrecht und Ungleichheit einsetzen, werden diffamiert, angegriffen und kriminalisiert. Mit repressiven Gesetzen wird die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen behindert, z.B. indem der Erhalt von Geldern aus dem Ausland erschwert wird.

Formulierungsvorschläge für das Wahlprogramm:

- Die universellen und unteilbaren Menschenrechte, insbesondere Geschlechtergerechtigkeit, sind Leitwerte unserer Politik und Grundlage der freien internationalen Ordnung. Wegen der wichtigen Funktion der Zivilgesellschaft für Entwicklung und Frieden müssen deren Förderung und der Erhalt ihrer Handlungsräume besonders relevanter Teil der Entwicklungszusammenarbeit sein.
- Der Schutz der weltweiten Zivilgesellschaft, die sich friedlich gegen Armut und Ungleichheit und für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt, ist uns ein besonderes Anliegen. Wir stärken die Rolle deutscher Auslandsvertretungen beim Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und bauen Schutzprogramme wie die Elisabeth-Selbert-Initiative weiter aus.
- Zum Schutz von indigenen Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen werden wir die Umsetzung der ILO-Konvention 169 über die Rechte Indigener Völker voranbringen und dafür eine ressortübergreifende Strategie erarbeiten.

3. Agenda 2030 in allen Politikfeldern voranbringen

Die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der „Agenda 2030“ und die Verwirklichung der Menschenrechte können durch die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit begünstigt, aber unmöglich allein bewirkt werden. Vielfach sind es zudem negative Übertragungseffekte, die die Erreichung der „Agenda 2030“ gefährden. Quer durch alle Politikfelder, von der Ernährungspolitik bis zum Agrarhandel, von der Finanz- bis zur Rohstoff- und Klimapolitik, von der Regulierung intellektueller Eigentumsrechte bis zur Sicherheitspolitik werden noch immer globale Ungleichheiten verschärft, Ursachen für Gewaltkonflikte verstärkt, Menschenrechte gefährdet und irreversible Schäden an globalen Gemeinschaftsgütern wie dem Klima und der Umwelt angerichtet. Grundsätzlich braucht es deshalb eine nach innen und außen gerichtete Kohärenz im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte. Um negative Auswirkungen auf die Erreichung der „Agenda 2030“ frühzeitig zu erkennen und ihnen gegenzusteuern, sollten diese systematisch erfasst werden.

Formulierungsvorschläge für das Wahlprogramm:

- Die Überprüfung der Auswirkung auf die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele werden wir als Regelverfahren in Gesetzgebungsprozessen auf nationaler Ebene etablieren.
- Die EU-Lieferkettenrichtlinie werden wir zügig und ambitioniert in nationales Recht umsetzen, ohne das deutsche Lieferkettengesetz abzuschwächen.
- Wir stellen sicher, dass unsere Maßnahmen in Politikfeldern wie Außenwirtschaftsförderung, Terrorbekämpfung oder Sicherheit zivilgesellschaftliche Handlungsräume nicht einschränken, und werden uns dafür einsetzen, dass EU-Migrationspartnerschaften nicht zentralen Zielen der deutschen Außenpolitik wie der Förderung von Demokratie und Menschenrechten zuwiderlaufen.